

Widerspruch zur Stellungnahme von David Rose

Sehr geehrte Rundfunkräte,

die Stellungnahme von Herrn Rose zu meiner

Programmbeschwerde wegen der Verharmlosung des Koalitionsvertrages stellt mich nicht zufrieden.

Ich möchte Sie bitten, meine PB im Rundfunkrat zu behandeln.

Wo Herr Rose in dem Beitrag „kritische Stimmen“ gehört haben will, ist mir ein Rätsel.

Oder meinte er damit etwa die Zitate und Verlinkungen am Anfang des Beitrages?

Bei den hinzugezogenen „Experten“ kann ich jedenfalls keine kritische Stimme erkennen.

Herr Rose verweist auf den „farblich hervorgehoben Info-Kasten“, in dem „der Unterschied zwischen den Begriffen 'Tatsache' und 'Meinung' aus rechtlicher Sicht erläutert“ wird.

Wer entscheidet, ob jemand gerade seine Meinung sagt oder ob er eine Tatsachenbehauptung aufstellt?

Wer entscheidet, ob eine Tatsache wahr ist oder nicht?

Der ehemalige NDR-Redakteur Lutz Ackermann schreibt:

„Institutionen, die festlegen, was wahr ist, gibt es nur in Diktaturen und sogenannten »Gottes-Staaten«.“

Zitat David Rose:

„Einzelpersonen können wegen Verleumdung, Beleidigung oder Übler Nachrede juristisch belangt werden.“

Das passiert ja gerade in starkem Ausmaße: Politiker fühlen sich wegen [Lappalien](#) beleidigt und nehmen den „[Majestätsbeleidigungsparagrafen](#)“ in Anspruch, und die Staatsanwälte nehmen das dankbar an. Umgekehrt haben sie keine Probleme damit, andere Leute zu beleidigen. Da werden dann die [Politiker durch ihre Immunität](#) geschützt.

Herr Rose schreibt weiter, dass Gerichte dann entscheiden würden.

Gerichte entscheiden auch, dass Rentner wegen Majestätsbeleidigung eine Hausdurchsuchung bekommen und strafrechtlich verfolgt werden. Selbst die Richter des Bundesverfassungsgerichtes tauschen sich intensiv mit der Politik aus.

Eine Gewaltenteilung sieht für mich anders aus.

(Die sogenannte vierte Gewalt ist ohnehin ein Totalausfall...)

Bei freien Medien stellt zunächst einmal die „staatsferne“ [GONGO](#)-Medienaufsicht Forderungen auf (GONGO steht für „[Government-operated non-governmental organization](#)“). Da braucht es schon einmal einen geraden Rücken, um sich dem entgegenzustellen...

Herr Rose verweist auf die Prüfung durch die „staatsfernen Medienaufsicht“ (diesen Begriff hat sogar er in Gänsefüßchen gestellt...).

Da gibt es aber feine Unterschiede: Die Rundfunkräte verlassen sich auf die Aussagen des Justitiariats der zu beaufsichtigenden Anstalt.

Die Landesmedienanstalten befragen nicht die juristische Vertretung der angemahnten Medien (siehe meine Beispiele in der PB und weitere Beispiele unten).

Lt. Frau Flecken werde geprüft, ob journalistisch sorgfältig gearbeitet worden sei.

Wie will man prüfen, „ob journalistisch sorgfältig gearbeitet“ wurde?

Wenn man Herrn Siggelkow nach seinem Artikel über die [pflanzenförmigen Sprengsätze](#) auf die Finger gehauen hätte, könnte ich das vielleicht nachvollziehen.

(Wenn man bei der gerade verlinkten Webseite im Suchfeld „Siggelkow“ eingibt, bekommt man eine erschreckend große Anzahl an Fundstellen).

Zitat David Rose:

„Wir können grundsätzlich nachvollziehen, dass sich Herr Petersen an dieser Stelle noch weitere Ausführungen hinsichtlich der Frage der Staatsferne und der Definition von 'Desinformation' und 'Fake News' gewünscht hätte. Das Fehlen dieser Ausführungen ist jedoch kein Verstoß gegen journalistische Standards, da Berichterstaten immer auch bedeutet, eine Auswahl treffen zu müssen.“

Es wird auch ARD Aktuell schwer fallen, die Begriffe „Desinformation“ und „Fake News“ zu definieren. Es sind Wischi-Waschi-Begriffe, die beliebig ausgelegt werden können... Die „Auswahl“ sieht so aus, dass es ARD Aktuell immer wieder gelingt, den Gegenpol des gewünschten Narrativs auszublenden.

Zitat aus der Stellungnahme:

„Laut Eva Flecken geht die Medienaufsicht schon jetzt gegen 'Hass und Hetze' vor, basierend auf bestehenden Staatsverträgen, die Angebote untersagen, die zum Hass gegen Bevölkerungsgruppen aufstacheln.“

Beispiele und Gegenbeispiele habe ich in meiner PB genannt. Macht es ARD Aktuell nicht nachdenklich, dass Medien so verschieden bewertet werden?

Wo war denn die Medienaufsicht, als ein Großteil der Bevölkerung als Blinddarm bezeichnet wurde und Menschen Sozialschädlinge genannt wurden?

Auch der [Kommentar von Frau Frühauf](#) in den Tagesthemen war mMn Volksverhetzung. Die Vorgehensweise gegen „Hass und Hetze“ wird nur angewendet, wenn das offizielle Narrativ verteidigt werden muss.

Zitat aus der Stellungnahme:

„Christiane Schenderlein, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien für die CDU/CSU, merkt im Interview mit tagesschau.de an, dass der Koalitionsvertrag in Bezug auf die Meinungsfreiheit zwar den Ist-Zustand beschreibe, aber auch Desinformation 'stärker in den Blick nehmen' wolle. Gemeint seien hier insbesondere bewusst falsch verbreitete Informationen, die irreführend seien und vorrangig die Destabilisierung der Gesellschaft oder des politischen Systems zum Ziel hätten. In Zeiten, in denen Wahlen durch Desinformation manipuliert würden, müsse die Politik dies stärker berücksichtigen, so Schenderlein.“

Die Koalition entscheidet dann in einem Gesetzesentwurf, was die richtige Wahrheit ist? Auch Wahlhelfer können Wahlen manipulieren. Das habe ich in meiner Beschwerde an den Wahlprüfungsausschuss aufgezeigt. Das will nur niemand wissen...

(Ich bin gerne bereit, Interessierten meine Chronologie zu meiner Wahlbeobachtung zur Verfügung zu stellen. Der Direktor des LFH SH hat sie schon bekommen, findet das Geschilderte aber anscheinend nicht berichtenswert.)

Als Wahlmanipulation bezeichne ich auch das, was Sahra Wagenknecht in einem [Video](#) beschreibt (wenige Tage vor der Bundestagswahl hat das Meinungsforschungsinstitut Forsa die Prognose für das BSW auf 3% gesetzt. So schreckt man potentielle Wähler ab). Der Bundestag hat bis heute noch keinen Wahlprüfungsausschuss konstituiert (der Vorsitzende des „Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung“ hält seinen Ausschuss für nicht zuständig). Eine Entscheidung von einem noch zu konstituierenden Wahlprüfungsausschuss, die wie bei einer Programmbeschwerde höchstwahrscheinlich in einer Zurückweisung enden wird, wird möglichst lange hinausgezögert. Erst danach darf das Bundesverfassungsgericht angerufen werden. Das BVG wird für eine Entscheidung auch noch einmal reichlich Zeit in Anspruch nehmen. Wenn es dann aber zu einer Neuauszählung kommen sollte, halte ich es für durchaus möglich, dass bis dahin monate-, jahrelang von einer nicht vom Volk gewählten Regierung z.B. solche Gesetze wie das, worüber in dem von mir bemängelten Artikel berichtet wurde, verabschiedet wurden. Ich frage mich, ob solche Gesetze dann überhaupt rechtmäßig sind. Was würde dann eigentlich passieren? (Rücknahme aller bis dahin beschlossenen

Gesetze und Entscheidungen?). Es fühlt sich an, als lebe man in einer Bananenrepublik.

Meine Fragen, die Herr Rose als „rhetorisch“ einordnet, waren ironisch, vielleicht auch ein bisschen sarkastisch gemeint.

Will man auf die in meiner Programmbeschwerde verlinkten Ausführungen von Norbert Häring und Lutz Ackermann nicht eingehen?

Hätte ich das explizit in meine Programmbeschwerde übernehmen sollen, damit es berücksichtigt wird?

Dann muss ich das hier wohl noch einmal nachtragen...

Ich hänge die Texte von Norbert Häring (ab Seite 5) und Lutz Ackermann (Seite 9) an und bitte um Berücksichtigung derer Feststellungen/Meinungen/Tatsachenbehauptungen.

Der Artikel über die Einordnung der Meinungsfreiheit durch „The Economist“ steht ab Seite 10.

[RT](#) berichtet über ein Interview der [Berliner Zeitung](#) mit der Strafrechtsprofessorin und Mitglied des deutschen Ethikrates Frauke Rostalski. Darin äußert sie ihre Besorgnis über die deutschen Zustände.

Peter Frey hat in seinem Artikel [„Hallo ARD — Sie haben da etwas 'vergessen'“](#) sehr deutlich aufgezeigt, wie Manipulation funktioniert.

[Prof. Michael Meyen zeigt in einem Video](#) und in [einem Artikel](#), wie ein Ranking der weltweiten Pressefreiheit zustande kommt.

Wie es freien Medien gehen kann, zeigen u.a. die [einführenden Worte von Alexander von Bismarck vor seinem Gespräch mit Hubert Seipel](#). Dort schildert er, dass man ihm seinen youtube-Kanal und seine private Google-E-Mail-Adresse gesperrt hatte. Erst durch den Einsatz des erfahrenen Rechtsanwalts [Joachim Steinhöfel](#) wurde sein youtube-Kanal wieder freigeschaltet.

So etwas kann dem ÖRR nicht passieren, auch wenn es reichlich Beschwerden gibt...

Alexander Wallasch hat in seinem Artikel

[„Landesmedienanstalten führen Stasiakten über Medien“](#) aufgezeigt, wie Landesmedienanstalten arbeiten.

Die Sanktionierung deutscher Staatsbürger bzgl. Meinungs- und Pressefreiheit wurde erst jüngst vollzogen (der [hier verlinkte Artikel](#) eines schweizerischen Rechtsanwaltes ist mMn sehr lesenswert).

Weitere Fälle von Repressionen gegen freie Medien habe ich schon in meiner Programmbeschwerde geschildert (Hakon von Holst, Gaby Weber, multipolar).

Wie verlogen die Kampagne gegen „Hass und Hetze“ ist, kann man u.a. daran erkennen, dass Menschen verurteilt werden, weil sie angeblich Wörter benutzt haben, die im „Dritten Reich“ auch verwendet wurden. Wenn aber ein Verteidigungsminister den von Göbbels geprägten Begriff „Kriegstüchtigkeit“ ausspricht, ist das nicht so schlimm.

Immer wieder beobachte ich dieses Messen mit zweierlei Maß.

Oben benutzte Links in der benutzten Reihenfolge:

<https://t.me/ackermannlutz/1186>

<https://blog.fdik.org/2025-06/s1749048904>

https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/___188.html

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/003/2100389.pdf>

<https://www.youtube.com/watch?v=Lt7YshpY8Jg&t=1236s>

<https://de.wikipedia.org/wiki/GONGO>

<https://norberthaering.de/propaganda-zensur/pflanzensprengstoff/>

<https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesthemen/video-949037.html>

<https://www.youtube.com/watch?v=GJFO-rmNyOs>

<https://dert.online/inland/244103-ich-als-juristin-stoere-mich/>

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/das-fuehrt-zu-selbstzensur-ethikrat-mitglied-kritisiert-staatliche-eingriffe-in-meinungsfreiheit-li.2320958>

<https://publikumskonferenz.de/blog/hallo-ard-sie-haben-da-etwas-vergessen-2/>

<https://www.youtube.com/watch?v=Vp5YIGfJAm8>

<https://www.freie-medienakademie.de/medien-plus/messung-mit-leerstellen>

https://www.youtube.com/watch?v=Z_36NEp0xHg

<https://www.youtube.com/watch?v=DcLidxzyIU0&t=39s>

<https://www.alexander-wallasch.de/gesellschaft/landesmedienanstalten-fuehren-stasiakten-ueber-medien>

<https://free21.org/eu-sanktioniert-deutsche-journalisten/>

Quelle: <https://norberthaering.de/propaganda-zensur/faktenfinder-zum-luegenverbot/>

ARD-faktenfinder und Medienanstalten kommen SPD in Sachen Lügenverbot zu Hilfe – mit jeder Menge Falschaussagen

Nachtrag 26.4. | 20. 04. 2025 | Der laufende Mitgliederentscheid der SPD über den Koalitionsvertrag mit der Union spornt die staatstragenden Wahrheitskontrolleure der Nachrichtenagenturen und der ARD zu Höchstleistungen an. Erst gibt dpa vor zu belegen, dass der Koalitionsvertrag das Bargeld nicht angreift, nun tut der *ARD faktenfinder* so, als gäbe es darin keinen Angriff auf die Meinungsfreiheit. Dafür darf die oberste Medienaufseherin ungeprüft Fake News verbreiten.

Man kann es kaum anders als kackfrech bezeichnen: Die von staatlich verordneten Zwangsgebühren abhängigen, stets im Sinne der Regierenden urteilenden Wahrheitskontrolleure der ARD maßen sich an, objektiv darüber zu befinden, ob die Passagen zur Wahrheitskontrolle im Koalitionsvertrag die Meinungsfreiheit gefährden. Wer den *ARD faktenfinder* kennt, muss das Stück nicht lesen, um die Antwort zu kennen: Nein.

Im Koalitionsvertrag heißt es (ich habe die widersprüchlichen, unpassenden und unzureichend definierten Begriffe gefettet):

„Die **bewusste** Verbreitung **falscher Tatsachenbehauptungen** ist durch die Meinungsfreiheit **nicht gedeckt**. **Deshalb** muss die **staatsferne** Medienaufsicht unter **Wahrung der Meinungsfreiheit** auf der Basis **klarer gesetzlicher Vorgaben** gegen Informationsmanipulation sowie **Hass** und **Hetze** vorgehen können. (...) **Gezielte Einflussnahme auf Wahlen** sowie inzwischen alltägliche **Desinformation** und **Fake News** sind ernste Bedrohungen für unsere Demokratie, ihre **Institutionen** und den **gesellschaftlichen Zusammenhalt**.“

Dass erwiesen falsche Tatsachenbehauptungen von der Meinungsfreiheit nicht **gedeckt sind**, heißt nicht, dass sie verboten sind. Das anschließende „**deshalb**“ täuscht damit eine Folgerichtigkeit vor, die nicht gegeben ist. Wer soll entscheiden, ob jemand **bewusst** lügt oder von dem, was er sagt, überzeugt ist? Dafür, ob eine Tatsachenbehauptung verboten ist, kommt es nicht darauf an, ob sie fahrlässig oder absichtlich getätigt wird, sondern nur darauf, ob Persönlichkeitsrechte verletzt werden, oder jemand durch Irreführung übervorteilt werden soll. Bisher ist eine falsche Behauptung, die niemanden schädigt, erlaubt.

Was **Tatsachenbehauptung** und was Meinung ist, lässt sich oft nicht klar trennen. Der Anwalt Ralf Höcker nennt in seinem kritischen Beitrag in der *Berliner Zeitung* das Beispiel, dass ein Restaurantbewerter schreibt: „Das Essen war zu kalt, der Wein zu warm.“ Wer soll außerdem entscheiden, ob eine Behauptung wahr oder **falsch** ist, ob sie **Desinformation** oder **FakeNews** ist? Ein staatliches Wahrheitsministerium? Staatlich finanzierte Faktenchecker, wie die der Nachrichtenagentur dpa oder von Correctiv? Die von staatlich verordneten Zwangsbeiträgen abhängigen Faktenchecker der ARD?

Die Staatsferne der Landesmedienanstalten, die die Aufsicht über digitale Medienplattformen und Blogs wie diesen führen, ist mindestens umstritten. Immerhin werden die Medienräte, die die Entscheidungen treffen, ganz oder zu einem großen Teil von den Landesparlamenten gewählt. Und wenn auf skandalträchtige Weise ohne Ausschreibung ein SPD-Medienstaatssekretär wie Marc Jan Eumann ohne die eigentlich notwendige juristische Qualifikation von einem SPD-dominierten Landesparlament als

Direktor einer „staatsfernen“ Landesmedienanstalt gewählt wird, kann sogar der Deutschlandfunk diese Staatsferne nur schwer erkennen.

„**Wahrung der Meinungsfreiheit**“ kann man es kaum nennen, wenn eine vom Staat eingesetzte Aufsicht das öffentliche Äußern von Empfindungen wie **Hass** und scharfer Kritik, die von manchen als **Hetze** empfunden wird, unterbinden soll. Indem die Koalitionäre schreiben, dass Hass (scharfe Kritik) und Hetze (scharfe Kritik) den **gesellschaftlichen Zusammenhalt** und die **Institutionen** der Demokratie gefährdeten, machen sie deutlich, dass sie Kritik, mindestens wütende Kritik, unterdrücken wollen. Dabei ist mit **Institutionen** in aller Regel die Regierung selbst gemeint, denn diese steht regelmäßig im Zentrum der Kritik. Dass es mit den **klaren gesetzlichen Vorgaben** nicht weit her ist und nicht weit her sein wird, wenn schwammige Begriffe wie Hass und Hetze verwendet werden, ist so gut wie sicher. Es gibt den gesetzlich definierten Begriff der Volksverhetzung. Für das Unterbinden und Bestrafen von hasserfüllten Äußerungen, die die Menschen gegen bestimmte Gruppen von Mitmenschen aufhetzen sollen, braucht man also die völlig schwammigen und dehnbaren Begriffe Hass und Hetze nicht. Manche empfinden es schon als Hassrede, wenn sie durch bestimmte Aussagen starke Gefühlswallungen erleiden.

Gezielte Beeinflussung von Wahlen nannte man bisher Wahlkampf. Der galt bisher als legitim. Dass ausgerechnet die Politiker von Union und SPD, die die Wähler bei der letzten Bundestagswahl in einem Ausmaß und mit einer Dreistigkeit belogen und mit falschen Versprechungen getäuscht haben, wie kaum je zuvor, sich nun anheischig machen, die Beeinflussung von Wahlen durch falsche Behauptungen zu unterbinden, ist mit frech mehr als höflich umschrieben.

Kein Wunder also, dass die Kritik am „Lügenverbot“ der Koalitionäre überall hochgekocht ist, unter anderem in der *Neuen Züricher Zeitung*, dem Magazin Cicero, der *Berliner Zeitung* und in der Welt.

ARD faktenfinder reitet zur Rettung

Karin König von der Redaktion ARD faktenfinder bekam die undankbare Aufgabe, die Koalitionäre gegen die Kritik zu verteidigen, wohl nicht zuletzt, damit die SPD-Mitglieder nicht verunsichert werden. Diese müssen den Koalitionsvertrag noch annehmen, damit die Regierung gewählt werden kann. Sie setzt alles ein, was die staatstragende Faktencheckergemeinde bei anderen regelmäßig als „irreführend“, „fehlender Kontext“, „falsch“ oder „unbewiesen“ brandmarkt.

Fehlender Kontext: Autorin König weist korrekt darauf hin, dass das Bundesverfassungsgericht schon 2012 urteilte, dass „die erwiesen oder bewusst unwahre Tatsachenbehauptung nicht vom Schutz des Art. 5 Abs.1 Satz 1 GG umfasst wird.“ Auf dieser Basis behauptet sie irreführend, die entsprechende Aussage im Koalitionsvertrag sei „nichts neues“, da sie nur diese Entscheidung wiedergebe. Aber sowohl die Koalitionäre als auch die Wahrheitskontrolleurin der ARD lassen den entscheidenden Kontext weg, der beim Gericht gleich danach kommt:

„Wahre Aussagen müssen in der Regel hingenommen werden, auch wenn sie nachteilig für den Betroffenen sind.“

Es geht bei der Aussage des Gerichts über fehlenden Grundrechtsschutz für falsche Behauptungen also nur um solche, die jemanden schädigen. Dass der Koalitionsvertrag diese wichtige Einschränkung nicht nennt, und damit das angekündigte Vorgehen gegen

„Desinformation“ und „Fake News“ auch auf bisher rechtlich zulässige Äußerungen ausweiten will, unterschlägt sie.

Irreführung: Ausgerechnet die Vorsitzende der *Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten*, Eva Flecken, darf im Gespräch mit der Faktenfinderin klären, ob die derzeitige Arbeit der Landesmedienanstalten in Sachen Meinungsfreiheit problematisch ist oder nicht. Der Koalitionsvertrag enthält aber die kritisierten Passagen mutmaßlich nicht, weil die künftige Regierung alles beim alten lassen will. Sie scheint sogar „klare gesetzliche Vorgaben anzukündigen“. Ganz hinten dürfen ein Experte und die SPD das auch sagen, nachdem König bis dahin die falsche Erzählung festigt: „Alles harmlos, alles schon da.“

Journalistisch unsaubere Arbeit: Wer journalistisch arbeitet, könne von den Landesmedienanstalten beim Verdacht auf falsche Informationen überprüft werden, so König. Dabei werde aber nicht die inhaltliche Aussage als wahr oder falsch bewertet. Stattdessen werde geprüft, ob journalistisch sorgfältig gearbeitet wurde, behauptet sie. Das scheint die unkritische Übernahme einer Aussage ihrer Gesprächspartnerin Flecken zu sein, die sie im Anschluss wörtlich zitiert mit:

„Es geht gar nicht um eine Inhaltepolizei oder ein Wahrheitsministerium, sondern darum, ob in journalistischer Hinsicht sauber gearbeitet worden ist.“

Das ist eine Falschbehauptung, ausgerechnet von einer Medienaufseherin, die Faktentreue durchsetzen soll. Sie wird ausgerechnet von einer „Faktencheckerin“ unkritisch als Tatsache präsentiert. In einem Drohbrief der Landesmedienanstalt NRW an das Magazin *Multipolar* bemängelt die Landesmedienanstalt NRW, nach unwidersprochener Darstellung durch *Multipolar*, ganz direkt, die Behauptungen, die *Multipolar* in beanstandeten Artikeln aufstelle, seien falsch. *Multipolar* widerlegte das und die Medienaufsicht nahm den Vorwurf zurück. Entgegen der Falschbehauptung der Medienaufseherin handelt es sich also doch auch um Inthaltekontrolle. Das ist ja auch schon darin angelegt, dass „bei Verdacht auf falsche Informationen“ geprüft werde. Das Vorschützen der „journalistischen Sorgfalt“ als Prüfobjekt ist erkennbar nur ein Manöver, um die unkritischen Teile der Öffentlichkeit mit solchen Falschbehauptungen in die Irre führen zu können.

Selbstwiderlegung: Wenig später kommt dann die Einräumung dass das obige gelogen war. „Angebote, die Hass oder falsche Tatsachenbehauptungen enthalten, werden von der Medienaufsicht – je nach Schweregrad – beanstandet oder untersagt“, schreibt die Faktenfinderin, mutmaßlich in Wiedergabe dessen, was ihr Flecken gesagt hat. Dass sie das nicht deutlicher macht, ist erneut journalistisch unsaubere Arbeit. Falsche Tatsachenbehauptungen festzustellen und zu untersagen ist Inthaltekontrolle.

Irreführend durch Auslassung ist auch die Versicherung von Flecken, man könne zwar ganze Angebote oder Kanäle untersagen. Aber weil die Aufsicht „im Zweifel immer für die Medienfreiheit“ entscheide, gäbe es kein Problem für die Meinungsfreiheit. Was sie tunlichst verschweigt: Die Landesmedienanstalten senden Drohbriefe an die Beaufsichtigten, in denen sie zum Beispiel Bloggern kostenpflichtige Verfahren androhen, wenn diese ihre schon veröffentlichten Beiträge nicht im Sinne der Anstalt überprüfen oder löschen. Da ist die Gefahr und mutmaßlich auch die Absicht offenkundig, dass die Adressaten eingeschüchtert werden, und fortan mit der Schere im Kopf schreiben.

Ganz hinten im Stück, wo dann die SPD sagt, sie wolle neue „Mechanismen gegen gezielte Desinformation, Hass- und Hetzkampagnen schaffen, die der staatsfernen

Medienaufsicht zur Verfügung stehen“, kommt König dann zum Thema ihrer Leitfrage, ob die eben doch drohende Verschärfung die Meinungsfreiheit gefährdet. Sie lässt die Frage einen einzigen vermeintlich unabhängigen Experten und die alles andere als neutrale Obermedienaufseherin Flecken jeweils mit nein beantworten. Dabei widerspricht sich der Jurist Uwe Volkmann von der Universität Frankfurt selbst gleich doppelt. Zuerst sagt er, ob die Meinungsfreiheit bedroht sei, könne man erst beurteilen, wenn die neuen Mechanismen oder Gesetze im Detail bekannt seien. Er ergänzt, dass sich die Grenzen bei der Abwägung mit der Meinungsfreiheit durchaus verschieben könnten, dass die Meinungsfreiheit also schon geringer werden könne. Dann widerspricht er beidem, indem er nonchalant versichert, er sehe keinerlei Gefahr für die Meinungsfreiheit.

Fazit

Wenn Faktenchecker, die derart unsauber und manipulativ arbeiten, entscheiden sollen, was falsch und verboten ist, und unehrliche Medienwächter auf dieser Basis oder durch eigenes Urteil das Lügenverbot durchsetzen, dann ist die Meinungsfreiheit mehr als bedroht.

Nachtrag (26.4.): Weitere Lüge von Flecken aufgedeckt


Eine weitere Lüge der Oberchefin der Landesmedienanstalten deckte die NRW-Anstalt mit Pressemeldung vom 24. April 2023 auf. Darin heißt es schon in der Überschrift:


„Bundeskriminalamt und Medienanstalten arbeiten bundesweit im Kampf gegen Hassrede zusammen – Möglichkeit zur Meldung von strafbarer Hassrede an das BKA können nun alle Medienanstalten nutzen“.

Man erfährt, dass die Medienanstalten dank der künstlichen Intelligenz, mit der sie das Internet durchforsten, bereits 8000 „volksverhetzende oder bspw. den Holocaust leugnende Inhalte“ an das Bundeskriminalamt gemeldet haben und sich dann in den als rechtswidrig eingestuften Fällen um das Verbreitungsverbot gekümmert haben. Das waren mit Sicherheit nicht alle Inhalte von Menschen, die journalistisch arbeiten.

Das passt ausgesprochen schlecht zu dem Absatz im Faktenfinder-Artikel, in dem es heißt:

„Einzelne Aussagen von Privatpersonen seien von dieser Aufsicht nicht betroffen, erklärt die Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten, Eva Flecken, im Gespräch mit tagesschau.de. Wer journalistisch arbeitet, könne beim Verdacht auf falsche Informationen überprüft werden.“

**Lutz Ackermann Journalist**



Zum Thema »Wahrheits-Ministerium«:
Wer glaubt, dass »Wahrheit« immer eindeutig und absolut ist, sollte sich das folgende Beispiel vor Augen führen:


„Was heute als Lüge diffamiert wird, kann morgen als legitime Position anerkannt sein. Wer 2020 behauptete, das Coronavirus stamme aus einem chinesischen Labor, galt als rassistischer Verschwörungstheoretiker. Heute halten Experten die Wuhan-Labortheorie für durchaus plausibel, wenn nicht gar für überwiegend wahrscheinlich.

Was genau ist eine »falsche Tatsachenbehauptung«? Was sind »Hass und Hetze«? Wer definiert das? Wer entscheidet, was eine Lüge ist und was nicht?“
(Ralf Höcker, Medien-Anwalt)

Institutionen, die festlegen, was wahr ist, gibt es nur in Diktaturen und sogenannten »Gottes-Staaten«.

<https://t.me/ackermannlutz>

Telegram
Lutz Ackermann Journalist
Gedanken zur Zeit



t.me/ackermannlutz/1186 1.2K 👁 Apr 19 at 15:10

Britisches Magazin sieht Meinungsfreiheit in Deutschland in Gefahr

„The Economist“ berichtet über Gerichtsurteil, Hausdurchsuchung und Vorhaben der Bundesregierung / Kritikan besonderer Behandlung der Politiker im Strafgesetzbuch – Juristen fordern Abschaffung des Paragraphen für „Majestätsbeleidigung“ / Künftige Koalition will Vorgehen noch verschärfen

23. April 2025

London / Berlin.(multipolar)

Das britische Magazin „The Economist“ hat einen kritischen Artikel zur Meinungsfreiheit in Deutschland veröffentlicht. Darin wird insbesondere die juristische Verfolgung der Kritik an Politikern thematisiert. Als Beispiele nennt „The Economist“ den Fall des Chefredakteurs des Deutschland-Kuriers, der für ein bearbeitetes satirisches Foto zu sieben Monaten Haft auf Bewährung verurteilt wurde. Zusätzlich wurde ihm eine Geldstrafe auferlegt, und er muss sich bei der abgebildeten Innenministerin Nancy Faeser (SPD) entschuldigen. Sie hielt in dem bearbeiteten Bild den Satz „Ich hasse die Meinungsfreiheit“ in die Kamera, im Original stand in Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz „#WeRemember“. Als zweites Beispiel wird im Artikel die Hausdurchsuchung bei einem Rentner in Bayern angeführt, der Robert Habeck (Grüne) als „Schwachkopf“ bezeichnete.

Der „Focus“ hat den Artikel ins Deutsche übersetzt. Laut „The Economist“ zeugen Faesers juristische Schritte gegen das bearbeitete Bild davon, dass der verantwortliche Journalist mit seiner Kritik richtig liege. „Viele Beobachter in einem Land, dessen Verfassung die freie Meinungsäußerung und -verbreitung, ausdrücklich auch von Bildern, garantiert, waren schockiert“, heißt es. Dabei verweist das Magazin darauf, dass der Bundestag 2021 aus Sorge um die Verbreitung von Beleidigungen und Fehlinformationen den Paragraph 188 des Strafgesetzbuchs verschärft hat. Dieser Paragraph behandelt Beleidigungen, die gegen Personen des politischen Lebens gerichtet sind. Sind diese geeignet, „das öffentliche Wirken erheblich zu erschweren“, kann eine „üble Nachrede“ mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren und eine „Verleumdung“ mit sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Der Paragraph 188 wird von Kritikern wie dem Rechtsprofessor Josef Franz Lindner mit der „Majestätsbeleidigung“ früherer Zeiten verglichen. Auch der Rechtsexperte des Spiegels, Dietmar Hipp, forderte in der vergangenen Woche mit Blick auf die vom „Economist“ zitierten Fälle die ersatzlose Streichung des Paragraphen 188 des Strafgesetzbuches. Dieser sei zum „Bumerang für den Rechtsstaat“ geworden. Fiele der Paragraph weg, würden üble Nachrede, Beleidigung und Verleumdung weiterhin bestraft, wenn auch tendenziell milder.

Im Koalitionsvertrag von Union und SPD wird allerdings ein anderer Weg beschritten. „The Economist“ berichtet, dass es künftig möglich sein soll, „gegen die ‚vorsätzliche Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen‘ vorzugehen“. Das Magazin geht zudem auf eine Allensbach-Umfrage ein, nach der Ende 2023 nur noch etwa 40 Prozent der Deutschen davon ausgingen, ihre Meinung frei aussprechen zu können. 1990 war der Wert noch etwa doppelt so hoch. In Deutschland sei dabei nicht nur die oppositionelle Rechte, sondern auch die radikale Linke betroffen, „The Economist“ verweist insbesondere auf pro-palästinensische Konferenzen und Demonstrationen, die von der Polizei aufgelöst wurden.

Der Artikel des britischen Magazins wurde auch von weiteren Medien aufgegriffen. In Deutschland wurde er erstmalig am Ostermontag vom Internet-Portal „Apollo News“ zitiert. Die „Berliner Zeitung“ verwies auf die internationale Aufmerksamkeit, die das Thema Meinungsfreiheit in Deutschland beispielsweise durch Elon Musk auf „X“ erhalte. Auch die „Welt“ und die Schweizer „Weltwoche“ berichteten über den Artikel. „Tichys Einblick“ betonte, „The Economist“ sei „alles andere als ein rechtspopulistisches“ Magazin, „sondern eines der renommiertesten Wirtschaftsmagazine der westlichen Welt.“

Die AfD-Vorsitzende Alice Weidel forderte: „Der ‚Majestätsbeleidigungsparagraph‘ muss weg!“ Zensurgesetze und Willkürurteile ruinierten Deutschlands Ruf. Der ehemalige Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) schrieb unter Bezug auf den Artikel auf „X“: „Die Bundesrepublik ist durch Freiheit zum Erfolgsmodell geworden – nicht durch Repression.“

Hinweis zum Urheberrecht: Multipolar-Meldungen können frei von anderen Portalen übernommen werden. Bedingung einer Übernahme ist die Nennung der Quelle und die Einbettung des Originallinks. Textliche Ergänzungen oder andere inhaltliche Veränderungen der Originalmeldung müssen durch einen separaten Hinweis an die Leserschaft kenntlich gemacht werden.

Anmerkung RP: Ich habe diesen Text aus dem verlinkten Artikel kopiert und die darin befindlichen Links händisch nachgetragen.